

Inhalt

Einblicke	9
WEGE INS «AMERIKANISCHE JAHRHUNDERT»	15
Streik!	17
Die «American Protective League»	35
Mobs und Meuten	59
ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN	83
Sozialisten und andere Dissidenten	85
Die «American Legion»	103
Falsche Propheten	132
BRÜCKENZEIT	155
Feindbild «New Dealer»	157
Phantomjäger auf Capitol Hill	170
Ein ständiger Gerichtshof	190
IM KALTEN KRIEG	221
Stop the Bomb!	223
Das «Committee on the Present Danger»	231
Fortsetzung folgt	260
DIE GEGENWART DER GESCHICHTE	291
Das große Hassen	293
Gotteskrieger	313
«Tea Party» im Trump-Land	328
Ausblick	363
Dank	369

Anmerkungen	370
Literatur	414
Quellen	434
Archive	437
Abkürzungen	439
Bildnachweis	443
Personen-, Orts- und Sachregister	444

Einblicke

«Es ist ein Krieg der Ideologie, ein Krieg der Ideen und ein Krieg um unsere Lebensweise. Und ich meine, dass er mit der gleichen Intensität und Hingabe ausgetragen werden muss wie ein Krieg, in dem geschossen wird.»¹

Paul Weyrich

Was ist bloß mit Amerika los? Wieso schießen Phantasien über einen neuen Bürgerkrieg ins Kraut? Woher kommt das Gift im politischen Betrieb? Das Lügen, Denunzieren und Dämonisieren, der Hass, das Misstrauen und die Unerbittlichkeit? Die ewige Trennung der Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß, Freund und Feind? Die Umformatierung von Wahrheit zur Lüge und umgekehrt? Die Behauptung, dass es immerzu «um alles» geht? Das Verständnis von Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?

Diese Fragen sind alles andere als neu, sie stellten sich schon an der Wende zum 20. Jahrhundert und seither Jahrzehnt für Jahrzehnt. Heute stehen sie erneut im Raum und erfordern angesichts eines raumgreifenden Trumpismus eine größere Aufmerksamkeit als je zuvor.

«We came unarmed (this time)» war auf einem selbstgefertigten Schild zu lesen, das ein Anhänger der «Tea Party» während einer Demonstration gegen die Regierung Obama grimmig in die Höhe hielt: «Wir sind unbewaffnet hierhergekommen – dieses Mal». Er war nicht allein. «I'll keep my guns / My Freedom & My Money / You can keep the <change>» war andernorts zu lesen, eine Ankündigung, dass man dem von Obama angekündigten Politikwandel die

Stirn bieten würde – unterlegt mit dem Hinweis auf zu Hause gehortete Waffen. «Ich bin verbittert. Ich besitze Waffen. Und ich gehe wählen», verkündete ein Dritter auf einem Plakat, das ein rechter Think Tank gesponsert hatte. Und so weiter und so fort. Zwischen 2009 und 2012 war mancher Beobachter geneigt, derlei als typischen Mummenschanz einer «lunatic fringe», der Durchgeknallten an der politischen Peripherie, zu sehen. Warum auch nicht, schließlich wurde der mit Gift und Galle übergossene Barack Obama mit großem Vorsprung im Amt bestätigt. Im Rückblick erscheinen diese Demonstrationen jedoch in einem anderen, trüberen Licht.

Heute wissen wir, dass damals ein Haufen Zunder geschichtet wurde und die Zeit für einen Brandstifter gekommen war.² Jedenfalls nahm Donald Trump bereits 2011 Witterung auf. «Ich denke, dass mich die Leute in der Tea Party mögen, weil ich für vieles stehe, was die Tea Party will.»³ Je mehr Zeit verging, desto sicherer konnte er seiner Sache sein. Anhänger der «Tea Party» schienen wie beerauscht von den Darbietungen eines Mannes, der Macht ausstrahlte und ihnen einen Rachefeldzug gegen alle versprach, die sie inbrünstig hassten – Einwanderer, Liberale, Schwarze, Sozialhilfeempfänger, Linke. «Ich war gierig. Ich bin Geschäftsmann», rief Trump ihnen 2016 zu. «Nehmen, nehmen, nehmen. Jetzt werde ich für die Vereinigten Staaten gierig sein. [...] Wir schweigen nicht länger. Wir sind die laute, lärmende Mehrheit. [...] Räumen wir mit politischer Korrektheit auf!»⁴ Aufräumen sollte heißen, so viele bundesstaatliche Behörden wie möglich abzuschaffen, elf Millionen Immigranten ohne gültige Papiere, vorweg Mexikaner, sofort zu deportieren und einen kompletten Einwanderungsstopp über Muslime zu verhängen. Klassenfragen aus dem Bewusstsein zu verdrängen und alles in das grelle Licht eines Kulturkampfes zu rücken, das war schon damals Trumps bevorzugtes Metier. Er hatte es nicht erfunden, wusste sich aber so gut wie kaum jemand sonst darin zu bewegen. Just darauf spielte er während einer Wahlkampfrede in Iowa an: «Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue stehen und jemanden erschießen, ok, und ich würde keine Wähler verlieren. Das ist irgendwie unglaublich.»⁵ Es sollte witzig klingen und kam der Wahrheit doch sehr nah. Zumindest war es einer der seltenen Momente,

an denen Donald Trump nicht log. Die Geister, die ihn riefen, werden bleiben.

Das vorliegende Buch handelt von der Geschichte dieser Gegenwart. Oder von der Gegenwart der Geschichte. Im Mittelpunkt steht das Innenleben der Vereinigten Staaten von 1900 bis heute – und der Versuch, Vertrautes abseits der üblichen Trampelpfade und aus ungewohnter Perspektive neu zu erzählen.

Die Bühne gehört Bürgerinnen und Bürgern, die in Eigenregie Politik machten – selbstermächtigt, unabhängig von Parteien und außerhalb des Parlaments. Sie schlossen sich in der «American Protective League» oder der «American Legion» zusammen, sie hatten keine Scheu vor Bündnissen mit dem «Ku Klux Klan» und anderen Gewalttätern, sie verlegten Schriften wie «Firing Line» oder «COUNTERATTACK», sie betrieben im «Committee on the Present Danger» Innenpolitik mit außenpolitischen Fragen, sie finden Wiedergänger bis zum heutigen Tag – lautstark und selbstbewusst, stets auf der Jagd nach Unangepassten, Widerständigen und Auffälligen. Oder, in ihrer Diktion, nach Monstern, die es zu erlegen gilt – siehe die Gotteskrieger der religiösen Rechten, siehe die «Tea Party», siehe die gewalttätigen Milizen, die am 6. Januar 2021 das Kapitol stürmten und die Bestätigung der Wahl von Joe Biden zum neuen Präsidenten verhindern wollten.

Ein bunter Haufen, gewiss, Ad-hoc-Gruppen, die mal hier, mal da auf die Pauke hauten und dann wieder abtauchten. Und doch gibt es frappierende Gemeinsamkeiten, auf den ersten Blick unsichtbare Brücken, die sie miteinander verbinden und als Akteure eigener Art ausweisen. Wissend um ihre Rolle als politischer Unterbau, verschafften sie sich Gehör nach Belieben. Und einer Vetomacht ähnlich, setzten sie das Land unter Spannung, drückten ihrer Zeit mitunter auch ihren Stempel auf. Weil sie es mit Erfolg darauf anlegten, die Mehrheit vor sich herzutreiben, lässt sich sagen: Ihr Ganzes war und ist mehr als die Summe seiner Teile.

Erstens rekrutierten sie Mitglieder und Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft. Freiberufler, Lehrer, Geistliche, Juristen, Arbeiter, Ärzte, Intellektuelle, Wissenschaftler, alle, die gemeinhin als Rückgrat einer Gesellschaft bezeichnet werden, fanden bei ihnen einen

politischen Platz. Der Applaus führender Medien war so sicher wie die finanzielle Unterstützung industrieller Gönner, zumal es an ihrem sattelfesten «Amerikanismus» keinen Zweifel gab. Sie waren gläubige Patrioten und engagierte Christen, bereit, für Gott und Vaterland aufs Ganze zu gehen, selbst um den Preis der Aufkündigung demokratischer Tugenden wie Toleranz oder Respekt vor der Freiheit Andersdenkender. Und weil sie sich selbst für das Maß aller Dinge hielten, legten sie in der Praxis ein maßloses Verhalten an den Tag – wie zur Bestätigung des bereits unter Zeitgenossen geläufigen Vorwurfs, dass man es mit Extremisten der Mitte zu tun hatte.

Zweitens machten sie ein Recht und eine Pflicht zur Selbstermächtigung geltend. Getragen von einem tiefen Misstrauen gegen Staat und Parteien, also gegen politische Repräsentation, predigten sie das Dogma einer direkten Demokratie: Freie Bürger sorgen selbst für Ordnung und Gerechtigkeit, sie sind die Gärtner im Wildwuchs des Sozialen, sie achten stets darauf, dass nach ihrer Fassung den Erfordernissen der allgemeinen Wohlfahrt Genüge getan wird. Und weiter: Sollte der Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben überfordert sein, helfen sie ihm gerne aus der Bredouille – aber nicht wie Untertanen, sondern als «watchdogs» mit der Lizenz zu eigenständigem Handeln.

Drittens hielten sie die strikte Unterscheidung von Freund und Feind für das Wesen aller Politik. «Wir» oder «Sie», «Die» gegen «Uns», der Manichäismus bestimmte die Agenda, ganz so, als bedürfe es der Identifikation von Feinden und der Gegenwart des Teufels, um zu wissen, wer man selbst ist oder sein will. Die Gefahr schien unentwegt ernst und akut, durchweg galt das Verlangen nach drastischen Gegenmitteln, die sofort verabreicht werden mussten – eingedenk der Überzeugung, dass geringfügige Friktionen das gesamte gesellschaftliche und politische Gefüge zum Einsturz bringen könnten. Welche Maßnahmen zur Abwehr der «Bösen» ergriffen wurden, hing von den konkreten Umständen ab. Einschüchterung und Drohung gehörten dazu, manchmal Gewalt und immer der bellende Vorwurf, «un-amerikanisch» zu denken oder – was auf dasselbe hinauslief – die «nationale Sicherheit» zu schädigen. Über

allem aber thronte die Maxime, dass wahre Macht auf der Angst der anderen beruht. Und dass Verunsicherung und Furcht, die Erfahrung, dass alles möglich sein kann, nebst der Erwartung, dass nichts auszuschließen ist, den größten Gewinn abwerfen.

Viertens verkoppelten sie die Feindfixierung mit einer zivilreligiösen Überhöhung der eigenen Geschichte. Für die einen hatte das menschliche Streben nach Freiheit in der amerikanischen Form der schrankenlosen Anhäufung von Kapital seine Erfüllung gefunden, für andere stand ebenso unerschütterlich fest, dass die USA zum natürlichen Hüter der internationalen Ordnung berufen waren – alles auf Gottes Wunsch und mit seiner Hilfe, versteht sich. Diese Entschiedenheit bekamen jene zu spüren, die Zweifel an der Sakralisierung des Bestehenden hegten – streikende Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Bürgerrechtler, Pazifisten. Deren Auftreten haftete das Gallige eines Sakrilegs und das Ruchlose des Verrats an. Und bei der Verteidigung gottgewollter Fügungen bedurfte es einer freien Hand, weil man sich im Fall eines Scheiterns an Gott versündigen würde – eine Haltung mit dem wohl größten Resonanzboden in Amerikas politischer Kultur.

Fünftens waren sie Hilfstruppen der Macht – der «powers that be» in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, wie es im Amerikanischen heißt. Damit ist einerseits der übliche Standard politischer Kooperation gemeint: das gemeinsame Beackern der Öffentlichkeit, Lobbyarbeit, Unterstützung in Wahlkämpfen. Andererseits ging es auch um wesentlich Direkteres, um Aufträge aus dem Justizministerium, um freiwillige Dienste für das FBI, um Beratertätigkeiten für Ministerien und schließlich um die Berufung in hohe Regierungsämter. Letzteres verkürzte den Weg zum letztendlichen Ziel, herrschaftskritische Ideen unter Quarantäne und unangepasste Geister unter Feindverdacht zu stellen.

«It's all about power, stupid!» Für die hier vorgestellte Analyse ist dieser Satz maßgeschneidert. Der Kampf um Macht ist das Alpha und Omega, er beschreibt den Anfang, auf ihn läuft alles Weitere zu – auf die eigene Macht, die Schock und Furcht verbreitet, auf die Restauration von Macht trotz Anfechtungen im Inneren wie im Äußeren. Demgegenüber ist der analytische Wert von Begriffen wie

«Paranoia», «Wut» oder «Hysterie» begrenzt, sie werten psychische Befindlichkeiten auf und politische Interessen ab. Aber just auf Letztere kommt es an, sie führen die Hand der Einpeitscher, deren Geschäft es ist, andere mit einer Sturzflut von Horrorszenarien zu verängstigen und gefügig zu machen.

Ein Nachdenken über die Frage, was mit Amerika los ist, sollte also in der extremen Mitte ansetzen. Sie hält das Land seit gut einem Jahrhundert in Beschlag – mit und ohne «soziale Medien», mit und ohne Rückhalt aus Parteien, mit und ohne Scharfmacher von höchster Stelle. Sie ist das politische Metronom des Landes.

Geschichte kennt keine Zwangsläufigkeit. Wohl aber Voraussetzungen, die bestimmte Entwicklungen begünstigen und andere unwahrscheinlich machen. In diesem Sinn waren die Jahrzehnte zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Urknall, dessen Echo bis in die Gegenwart nachhallt. Mit Hilfe gutbürgerlicher Extremisten wurde damals der klassenbewussten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat gebrochen, eingedenk einer in den Südstaaten erprobten Maxime: Man muss nicht sehr viele Sklaven auspeitschen, um die Mehrheit auf der Plantage in Reih und Glied zu halten. So war zugleich der Traum einer linken Partei, eines Gegengewichts zu Demokraten und Republikanern, ausgeträumt. Linke Sozialdemokraten und Sozialisten, von Kommunisten erst gar nicht zu reden, bekamen nie wieder festen Boden unter die Füße, man hatte die «Roten» – «hausgemachte Anti-Amerikanisten», wie man sie damals nannte und in bestimmten Kreisen noch immer nennt – das Fürchten gelehrt, bevor man sich vor ihnen hätte fürchten müssen. Die Bedeutung dieser politischen Flurbereinigung kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Und deshalb steht am Anfang dieses Buches ein heute fast vergessener Kampfbund militanter Patrioten im Mittelpunkt: die «American Protective League».

**WEGE INS
«AMERIKANISCHE JAHRHUNDERT»**



Dienstmarke der American Protective League.

«Seit zwanzig Jahren hatte Mr. Fenchel in Salinas eine Maßschneiderei. [...] Kein Mensch hatte sich bei seinem Akzent etwas gedacht, bis der Krieg kam, und da wussten wir auf einmal Bescheid. [...] Jetzt hatten wir unseren Privatfeind. Dass er sich an Kriegsanleihen bankrott kaufte, half ihm gar nichts. Das war ja wohl eine gar zu bequeme Tarnmaßnahme.»¹

John Steinbeck

«Vom Bombenleger bis zu dem Typen, der im September mit einem Strohhut rumläuft – Bolschewiken sind sie alle.»²

«Chicago Evening Post»

Streik!

Das Wort hat der Bürgermeister von San Francisco. «An den Vorsitzenden des Komitees für Recht und Ordnung der Handelskammer von San Francisco, 24. August 1917. Sehr geehrter Herr [Frederick J. Koster]. Ihr hysterisches Telegramm [...] wurde mir zugestellt. Erlauben Sie mir als Erstes den Hinweis, dass weder Sie noch das Komitee für Recht und Ordnung der Handelskammer [...] befugt sind, mich oder die Polizei dieser Stadt in irgendeiner Weise zu belehren. Weit gefehlt. Die Haltung und die Aktivitäten von Ihnen und Ihrer speziellen Gruppe haben meiner Meinung nach viel dazu beigetragen, die Arbeitsunruhen und den Klassenhass [...] zu befeuern, die diese Gemeinschaft in letzter Zeit erschüttert haben. [...] Zweifellos sind Sie enttäuscht, dass die Polizei noch keine Maschinengewehre auf die Menschenmengen in unseren Straßen gerichtet und ein paar Dutzend Streikende getötet hat. [...] Es ist bedauerlich, dass so viele Personen wie Sie in diesem Lande so unheilbar dumm und ahnungslos in den Belangen von Wirtschaft und Industrie sind. [...] Die Welt verändert sich um Sie herum, aber Sie und Ihresgleichen verstehen es ebenso wenig wie der Zar verstand, was mit ihm und Russland geschah, bis alles vorbei war. [...] Sie glauben immer noch, dass die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft mit Polizeigewalt erstickt werden kann. Zum Glück haben wir es nicht nötig, Sie und Ihr Komitee für Recht und Ordnung derart ernst zu nehmen, wie Sie sich selbst nehmen.»³

Der Verfasser dieses Schreibens war James Rolph Jr., von 1912 bis 1931 Bürgermeister von San Francisco, millionenschwerer Reeder und Banker, Mitglied der Republikanischen Partei. «Sunny Jim», wie ihn seine Freunde nannten, bezog damit Stellung in einem seit Jahren tobenden Klassenkrieg in Kalifornien. Auf der einen Seite kämpften Arbeiter für das Recht, sich gewerkschaftlich organisieren

und mit ihren Interessenvertretern im Rücken streiken zu dürfen. Dagegen machten führende Unternehmen mobil, vorweg die «United Railroads Company» und die «Pacific Gas & Electric Company». Die Industrie- und Handelskammer von San Francisco sammelte eine Million Dollar – knapp 24 Millionen Dollar in heutiger Währung – für die Kriegskasse der Arbeitgeber. Und das für nur einen einzigen Zweck: die Gründung von Gewerkschaften unterbinden, Aktivisten als Gesetzesbrecher kriminalisieren und zwecks Abschreckung von Gleichgesinnten zu langen Haftstrafen verurteilen. Dafür war so gut wie jedes Mittel recht. Man heuerte Privatdetektive und bewaffnete Schlägertrupps als Streikbrecher an, es wurden Gerichtsverfahren mit gekauften Juroren angestrengt, Beweismittel gefälscht und Zeugen zur Denunziation angestiftet, man übte Druck auf Politiker aus und sorgte für den Einsatz von Polizei und Militär. Dies alles in einem Umfang, dass alsbald von einem «Frame-Up System», von ausgeklügelter Betrug und orchestrierter Repression, die Rede war.

In die Falle des «Frame-Up» waren Gewerkschafter und Sozialisten seit Jahrzehnten verlässlich getappt. Im Jahr 1916 erwischte es Thomas Mooney, Warren K. Billings, Edward D. Nolan, Rena Mooney und Israel Weinberg. Sie wurden beschuldigt, erst drei Strommasten der «United Railroads Company» gesprengt und dann – während der «Preparedness Parade», einer patriotischen Kundgebung in San Francisco am 22. Juli – eine Bombe gezündet, zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt zu haben. Bis heute ist unklar, wer diese Verbrechen aus welchen Gründen und mit welcher Absicht verübte. Doch der Distriktstaatsanwalt ließ im «Strommasten-Prozess», unterstützt von Fürsprechern aus Industrie und Medien, keine Zweifel gelten. Mit fingierten Indizien sollten die Angeklagten überführt werden, Billings und Weinberg wurden von Mittelsmännern 5000 Dollar für belastende Informationen über Thomas Mooney angeboten, eine für damalige Verhältnisse gewaltige Summe. Die Bestechungsgelder verfangen nicht, und als die Beschuldigten lückenlose Alibis vorlegen konnten, hatte sich das erste Verfahren erledigt.

Jedoch wurden Mooney und Billings Ende Februar 1917 wegen